

Programm zur Förderung junger Familien in der Gemeinde Kirkel

Stand: 06.07.2007

§ 1 Zweckbestimmung

- (1) Die Gemeinde Kirkel beabsichtigt, der negativen Bilanz der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung im Gemeindegebiet entgegenzuwirken und u.a. mittels einer gezielten Förderung die Auswirkungen dieser Bevölkerungsentwicklung tendenziell abzumildern.
- (2) Dabei sollen zur Vermeidung von dauerhaften baulichen „Leerständen“ sowohl Anreize geschaffen werden, dass junge Familien, d.h. Familien mit minderjährigen Kindern bzw. mit Kindern in der Ausbildung (Berufsausbildung, Studium, usw.) im Gemeindegebiet verbleiben oder aber ins Gemeindegebiet zuwandern.
- (3) Förderfähige Objekte sind ältere Bausubstanzen in den geschlossenen Ortslagen der Ortsteile der Gemeinde Kirkel, welche leer stehen. Der Leerstand ist bei Antragstellung nachzuweisen oder auf geeignete Art und Weise glaubhaft zu machen. Ältere Bausubstanzen im Sinne dieser Vorschrift sind Bauten, welche vor 1970 zulässigerweise errichtet und an denen seit dieser Zeit auch keine nennenswerten Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen wurden. Sollten Zweifel am tatsächlichen Alter der Bausubstanz bestehen, wird auf das Datum der baulichen Endabnahme oder hilfsweise auf das Datum des Bauscheins abgestellt. Die entsprechenden Angaben sind im Antrag zu machen.

§ 2 Fördergegenstand

- (1) Junge Familien, die innerhalb des Gemeindegebietes leer stehende Objekte im Sinne dieses Programms – insbesondere Ein- oder Zweifamilienwohnhäuser – zur dauerhaften eigenen unmittelbaren Nutzung erwerben, sollen auf Antrag einen einmaligen Zuschuss zu den Aufwendungen der Unterhaltung oder des Substanzerhaltes erhalten.
- (2) Die beabsichtigte Verwendung ist bei Antragstellung anzugeben und später nachzuweisen. Der Nachweis kann geführt werden mit Kopien der notariellen Verträge oder entsprechender Rechnungen, Fotos und auf andere nachvollziehbare Art und Weise.

§ 3 Antragsteller

- (1) Antragsteller/innen können nur der bzw. die Erwerber eines der o.g. Objekte sein, sofern er/sie das Objekt auch selbst nutzt/nutzen und unterhalten, d.h. er/sie muss/müssen die förderfähigen Aufwendungen selbst wirtschaftlich tragen und selbst den originären Nutzen aus dem Erwerb ziehen.
- (2) Der Erwerb ist durch Vorlage einer entsprechenden notariellen Urkunde oder eines entsprechenden Grundbuchauszuges nachzuweisen. Eine grundbuchrechtliche Vormerkung oder ein eingetragenes Vorkaufsrecht genügen nicht. Des Weiteren sind die begonnenen Unterhaltungs- bzw. Substanzerhaltungsmaßnahmen durch geeignete Belege (Rechnungen, Aufträge) nachzuweisen. Ersatzweise kann bei der Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel eine Vor-Ort-Prüfung der zu bezuschussenden Maßnahmen vereinbart werden.

§ 4 Besondere Antragsvoraussetzungen

- (1) Der/die Erwerber/in darf/dürfen noch kein Ein-/Zweifamilienhaus bzw. keine Eigentumswohnung im Gemeindegebiet Kirkel im Eigentum haben. Dies ist schriftlich bei Antragstellung zutreffend zu erklären.
- (2) Der/die Erwerber/in muss/müssen zum Zeitpunkt des Erwerbs bzw. spätestens zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits mindestens ein minderjähriges bzw. in Ausbildung befindliches kindergeldberechtigtes (= ggf. auch Studenten) Kind haben. Bei späterem Familienzuwachs kann jedoch bis zum 31.12. des auf den Erwerb folgenden Jahres ein nachträglicher Antrag auf Förderung / Ergänzungsförderung nach diesem Programm gestellt werden.
- (3) Der Antrag ist - abgesehen von Abs. 2 Satz 2 - spätestens innerhalb des dem Erwerb folgenden Jahres einzureichen. Er kann auch vor notariellem Vertragsabschluss über das förderungswürdige Objekt gestellt werden.
- (4) Stichtag für eine mögliche Förderung ist der 01.07.2007, d.h. für alle Objekte, die nach dem 01.07.2007 erworben wurden, und bei denen die übrigen Förderrichtlinien zutreffen, können im Rahmen der übrigen Bestimmungen entsprechende Anträge gestellt werden.

§ 5 Förderbetrag / Auszahlungsmodalitäten / Bindungsfrist

- (1) Junge Familien, die ein Ein- oder Zweifamilienwohnhaus in Kirkel im Sinne dieses Programms erwerben, erhalten einkommensunabhängig einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro. Dieser Betrag erhöht sich ab dem 2. Kind um weitere 1.000 Euro/Kind. Maximal werden 8.000 Euro pro Förderfall gewährt.
- (2) Dieser Zuschuss wird in einem Betrag ausgezahlt.
- (3) Die förderfähigen Unterhaltungs- bzw. Substanzerhaltungsmaßnahmen müssen nach Antragstellung nachgewiesen werden (siehe § 3 Absatz 2).
Das geförderte Objekt muss mindestens 5 Jahre ab Beginn der Förderung von der Familie selbst genutzt werden. Eine Vermietung bzw. ein Verkauf in dieser Zeit – auch nur in Teilen – führt ohne vorherige Zustimmung des Zuschussgebers zur Rückforderung des Zuschusses.
- (4) Der Zuschuss ist nicht übertragbar.

§ 6 Antragstellung

- (1) Der Antrag ist schriftlich bei der Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel, Hauptstraße 10, einzureichen.
- (2) Dem Antrag sind insbesondere beizufügen:
 - eine Kopie des amtlichen Lageplanes,
 - ein Nachweis über den Erwerb des Anwesens (Auszug aus Grundbuch, notarieller Kaufvertrag, oder vergleichbarer Nachweis),
 - ein Nachweis über die Anmeldung des Wohnsitzes in der Wohnung bzw. dem Anwesen (kann ggf. nachgereicht werden),
 - ein Nachweis über die zur Familie gehörenden Kinder (Geburtsurkunde, Familienstammbuch, o.ä.), die auch im gemeinsamen Haushalt leben (evtl. Meldebescheinigung),
 - eine Erklärung, dass kein/e Familienangehörige/r dieses Haushaltes über ent-

sprechendes Grundeigentum verfügt (siehe § 4 Abs. 1).

Die jeweils erforderlichen Nachweise und Anlagen können in Abstimmung mit der Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel nachgereicht werden. Die Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel kann hierfür eine Ausschlussfrist setzen.

- (3) Sofern Originale vorgelegt werden, fertigt die Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel für die Akten entsprechende Kopien und die Originale werden unverzüglich zurückgegeben.

§ 7 Ergänzende allgemeine Regelungen

- (1) Das zuständige Beschlussgremium der Gemeinde Kirkel kann im Einzelfall, sofern die Zielsetzungen dieses Programms in besonderer Weise erfüllt werden, von den getroffenen Festlegungen Ausnahmen zulassen.
- (2) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer finanziellen Zuwendung besteht grundsätzlich nicht. Das zuständige Beschlussgremium der Gemeinde Kirkel behält sich für den Fall, dass mehr Anträge vorliegen, als für den jeweiligen Förderzweck Gelder verfügbar sind, vor, Förderschwerpunkte zu setzen, d.h. eine qualifizierte Auswahl unter den Antragstellern zu treffen.
- (3) Unabhängig von vorstehender Einschränkung stehen alle Förderungen grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt, d.h. eine Förderung wird bei grundsätzlicher Anerkennung nur dann und insoweit auch tatsächlich gewährt, als das zuständige Beschlussgremium im jeweiligen Haushaltsjahr entsprechende Mittel für diesen Zweck bereitstellt.
- (4) Die im Einzelfall gewährte Förderung wird vom Grunde her als unverzinslicher, nicht rückzahlbarer Zuschuss für den Förderzweck gewährt.
- (5) Die zeitliche Bindefrist ist vom Empfänger / von der Empfängerin einzuhalten. Sollte hiergegen verstoßen werden, hat der Zuwendungsgeber das Recht, den Förderbetrag bzw. Teile davon nach verwaltungsverfahrensrechtlichen Grundlagen entsprechend zurückzufordern. In diesem Falle kann ab dem Zeitpunkt des Wegfalls der Förderungsvoraussetzungen auch eine Verzinsung mit 4 Prozent über dem Basiszinssatz gem. § 247 BGB verlangt werden.
- (6) Nach Abschluss der Prüfung und Kontrolle der ausgeführten Leistungen / Maßnahmen / Handlungen durch die Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel wird die Gemeindegasse angewiesen, den sich ergebenden Zuwendungsbetrag auf ein vom Antragsteller / von der Antragstellerin anzugebendes Konto zu überweisen. Alle Zuwendungen werden bargeldlos abgewickelt. Der Antragsteller / die Antragstellerin erhält eine Abrechnung über die Höhe der gewährten Zuwendung.
- (7) Die Zuwendung wird unabhängig von Förderungen, steuerlichen Vergünstigungen, oder sonstigen Zuwendungen Dritter für den gleichen Zweck gewährt. Es bleibt Sache des Antragstellers / der Antragstellerin, bei entsprechender Rechtspflicht sonstige Behörden oder Dienststellen von der Zuwendung in Kenntnis zu setzen. Davon losgelöst bleibt die ggf. nach sonstigen Vorschriften bestehende Auskunftspflicht der Gemeinde bestehen.
- (8) Anspruch auf Auszahlung hat/haben jeweils nur der/die Antragsteller. Abtretungen werden nicht anerkannt.
- (9) Gefördert werden jeweils die notwendigen Unterhaltungs- bzw. Substanzerhaltungsmaßnahmen.
- (10) Alle Förderungen erfolgen unter der Bedingung, dass die speziellen und sonstigen jeweils einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften wie Baurecht, Gewerbe-recht, Wegerecht, Denkmalschutzrecht, usw. eingehalten werden. Bei einem Verstoß hiergegen ist analog zu Nr. 5 ein generelles Rückforderungsrecht des Zu-

wendungsgebers gegeben. Im Detail entscheidet das zuständige Beschlussgremium der Gemeinde Kirkel über die Rückforderung.

- (11) Anträge auf Förderung ersetzen nicht die nach anderen Rechtsvorschriften zu stellenden Anträge. Abnahmen durch den Zuwendungsgeber ersetzen nicht die nach anderen Vorschriften erforderliche Abnahme. Die Bewilligung der Förderung ersetzt nicht die nach anderen Vorschriften erforderliche Genehmigung, Bewilligung, Zustimmung, usw.
- (12) Eine Förderung erfolgt dann nicht, wenn durch die Realisierung der beantragten Aktivität aus Sicht der Gemeinde eine dem Förderziel entgegenlaufende Entwicklung eingeleitet oder begünstigt werden könnte. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen eine an sich förderfähige Maßnahme konkreten städtebaulichen Planungen zuwider laufen könnte.
- (13) Der/die Empfänger/in hat gegenüber der Gemeinde Kirkel vor der Auszahlung eine schriftliche Erklärung abzugeben, wonach er/sie versichert, dass ihm/ihr diese Förderrichtlinien bekannt sind und die gewährten Gelder unmittelbar und ausschließlich für den Förderzweck verwandt wurden/werden.
- (14) Zuständiges Beschluss- bzw. Entscheidungsgremium der Gemeinde Kirkel ist der Umwelt-, Bau- und Werksausschuss, sofern im Einzelfall nicht aufgrund anderer Bestimmungen der Gemeinderat selbst die Entscheidung zu treffen hat. Die Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel berechtigt, zur Vermeidung von zeitlichen Verzögerungen, die „Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn/Erwerb“ zu erteilen. Die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn/Erwerb begründet allerdings keinen verbindlichen Anspruch auf tatsächliche Förderung.
- (15) Zuständige Stelle für die Beratung, Antragstellung, Sachbearbeitung und Erteilung des vorzeitigen Baubeginns ist die Bauverwaltung der Gemeinde Kirkel.
- (16) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Förderprogramm ist das für die Gemeinde Kirkel zuständige Gericht.

Dieses Förderprogramm wurde vom Gemeinderat Kirkel am 06.07.2007 beschlossen.